Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag. Monats-Bezugspreis ab 1. April: Bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.80 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirkes 1.90 Mk., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.95 Mk., bei Zustellung im Landgebiet 2.00 Mk. Wochenkarten 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 1861. Gemeindegirokonto: Frankenberg, Fernspr. 81. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 36 mm breite einspaltige Petitzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 80 Goldpfennig, für die 90 mm breite Zeile im Reklameteile 80 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 1 [illegible] Sondergebühr. — Für schwierige Satzarten und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa
Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inhaber Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

№ 84 — Dienstag den 8. April 1924 nachmittags — 83. Jahrgang

Wahlen in Italien und in Bayern.

Der Sieg Mussolinis über seine Gegner war kein Heldenstück, denn sie waren mundtot gemacht, nicht so sehr durch Regierungsmaßnahmen wie durch die Erfolge der Schwarzhemden, die, antimarxistisch und antiparlamentaristisch, ein neues, vom Geiste nationalsten Imperialismus beseeltes Italien in den Sattel setzten. Die faschistische Bewegung fegte die Schacherpolitik der alten Parteien hinweg, trieb die Sozialdemokratie und den Kommunismus gewaltsam in ihre Schlupflöcher zurück und stellte in blinder Anhänglichkeit ihren absolutistischen Führer auf den Platz des Diktators. So bedurfte es nicht der Wahlpraktiken, wie sie bei den französischen Präfekten im Schwange sind, um das neue Parlament zu einem gefügigen Werkzeug in der Hand des Premierministers umzuwandeln, und der Ausfall der Abstimmung war nur eine formelle Bescheinigung einer vollendeten Tatsache. Man brauchte keinem Ideal mehr nachzujagen; das Ziel lag offenkundig erreicht vor aller Augen da.

Wenn ein Volk infolge inner- und außenpolitischer Schwierigkeiten nicht mehr recht ein und aus weiß, ist es geneigt, in der Autokratie das Heil zu erblicken. So hat Rußland die mit einem Scheinparlament bekleidete Sowjetregierung hingenommen, so Spanien seine militärische Diktatur, und alle diese Wandlungen hat man sich gewöhnt, als Faschismus nach dem italienischen Vorbilde anzusprechen, selbst die langjährige Herrschaft Poincarés mit ihren autokratischen Allüren ist nichts weiter als eine aus dem Faschistischen ins Chauvinistische übersetzte Erscheinung.

Es konnte nicht ausbleiben, daß in Deutschland mit dem Wiedererstarken des nationalen Gedankens ähnliche Regungen sich zeigten. Im Hitlerprozeß mußte die Einsetzung einer Direktorial-Regierung, eines Triumvirats, ernstlich erörtert werden, und Bayern vor allem war das Land, wo ein Vorgehen gegen die heutige Regierungsform am tiefsten Wurzel gefaßt hatte. Dazu gehören die Absage von Parteihader und Einigkeit. Wie ist es darum innerhalb der weißblauen Grenzpfähle bestellt? Es haben sich 18 Wahlvorschläge eingefunden, und in München allein kämpften erbittert 15 verschiedene Parteien am 6. April gegeneinander. Das liegt weitab von einer idealen Einigung und muß mit einem Bedenklichkeitsvermerk versehen werden. Doch ist nicht zu verkennen, daß die für das Bürgertum abgegebenen Stimmen gewachsen sind und somit der Zug nach rechts, gegen die Sozialdemokraten und ihren Anhang, sich ausbreitet, allerdings auch ein Anschwellen des Kommunismus zu verzeichnen ist, das durch die Rechtsradikalen jedoch aufgewogen wird. Was bis jetzt über den Vorstoß des Zentrums gegen die Bayerische Volkspartei ziffernmäßig gemeldet wird, klingt für das als christlich-soziale Partei auftretende Zentrum nicht erfreulich. In München z. B. brachten die Christlichsozialen nur 2319 gegen 59 636 Stimmen der Bayerischen Volkspartei auf; in Würzburg Stadt II war das Verhältnis 934 zu 4490. Es hat nicht den Anschein, als ob das Zentrum einen seiner Kandidaten wird durchsetzen können, und so würde die Protestdemonstration nur seine numerische Schwäche offenbart haben. Eine ähnliche Kraftvergeudung verraten die Anstrengungen der Parteiblätter der Beamtengruppe Kratofil und der Beamtenpartei.

Das Hauptgewicht der Entscheidung liegt darin, ob mittels eines Volksentscheids eine Zweidrittelmehrheit für das von der Vaterländischen Arbeitsgemeinschaft (Bayerische Volkspartei, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) erstrebte neue Verfassungsgesetz zu erzielen ist. Dem Volksentscheid war eine Abstimmung über ein Volksbegehren vorangegangen, dessen Ausfall gute Aussichten auf Annahme eröffnete. Das Gesetz bezweckt die Ermächtigung des Landtags, die bayerische Verfassung mit einfacher Mehrheit zu ändern und einen Staatspräsidenten und eine zweite Kammer (Oberhaus) zu schaffen. Kommt ein großer nationaler Block einschließlich der Nationalsozialisten zustande, dann dürfte die Erledigung des neuen Verfassungsgesetzes auf keinen unüberwindbaren Widerstand stoßen. Aber inzwischen haben sich die Aussichten verdunkelt, und die Stimmung der Rechtsradikalen läßt befürchten, daß der Hitlerprozeß und die dabei ins volle Licht gerückte Politik Kahrs sich in einer scharfen Opposition auch gegen die Mittelparteien äußern werden. Stellenweise werden Zahlen über den Volksentscheid gemeldet, die eine Ablehnung mehr als wahrscheinlich machen. Es wäre wohl zuviel gesagt, wenn man von einem derartigen Mißerfolg der Mittelparteien annehmen wollte, sie könnten dadurch ihre Regierungsfähigkeit einbüßen. Aber die unberechenbare völkische Bewegung, die in sich wiederum gespalten ist, vermag unter Umständen die Regierung zu lähmen und damit die Geschäfte des Linksradikalismus zu betreiben. Der Faschismus, wie ihn sich Hitler und Genossen gedacht haben, hat in Bayern und noch mehr in Deutschland einstweilen ausgespielt trotz des im extremen rechten Lager zu verzeichnenden Wahlgewinnes, und mit diesem Gewinne sollten sich die Nationalsozialisten zufrieden geben und den Kampf nicht gegen die bürgerliche Mitte, sondern gegen den Marxismus führen und den Sieg des Bürgertums über ihn nicht durch Mißklänge stören. Schon pocht der 4. Mai vernehmlich an die Pforte und mahnt zur Ausgleichung der Gegensätze.

Im bayrischen Landtag mindestens 10 bis 12 völkische Sitze

München, 7. 4. Bis 7 Uhr abends wurden in 159 Wahlbezirken gezählt: Sozialdemokraten 355956, Deutscher Block 61548, Nationalliberale Landespartei 25179, Kommunisten 179323, Frauenpartei Rückert 3839, Deutsche Volkspartei 5087, Christlich-Soziale 18555, Beamtenpartei Kratofil 18105, Völkischer Block 405865, Unabhängige 2361, Vereinigte Nationale Rechte 167115, Bayrische Volkspartei 752398, Bayrischer Mittelstandsbund Südgau 6282, Bayrischer Bauern- und Mittelstandsbund 184362, Mieterliste 360, Heimattreuer Koburger 680, Lorenz-Stühler 3857, Republikanische Partei 278. Volksentscheid: Ja 986978, Nein 1012305.

Ueberlegener Wahlsieg Mussolin's.

Der erste Ueberblick der Ergebnisse der Kammerwahlen zeigt, daß, wie zu erwarten war, die nationale Liste durchgedrungen ist, womit die faschistische Regierung eine Zweidrittelmehrheit erhalten hat. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen mäßig, teilweise sehr schwach. Besonders in Rom verlief die Abstimmung bis zur Eintönigkeit ruhig, wozu auch das schlechte Wetter beigetragen haben mag. Die faschistischen Kandidaten, etwa 220 an der Zahl, können als gewählt gelten. Eine ziemlich starke Vertretung werden von der Opposition die gemäßigten Sozialisten in der neuen Kammer aufweisen, während die Demokraten, Liberalen und die Maximal-Sozialisten nur eine geringe Vertreterzahl errangen. Die Mandate der Katholischen Volkspartei werden stark verringert. Zahlenmäßig liegen bis jetzt nur unvollständige Teilresultate vor. In Sarno ist es zwischen Faschisten und Vertretern der Opposition zu einem Zusammenstoß gekommen. Letztere feuerten Revolverschüsse auf die Faschisten ab. Die Polizei hat fünf Verhaftungen vorgenommen.

Nur mit Deutschlands Einverständnis.

Veröffentlichung der Sachverständnisse am Mittwoch.

Die englische Presse beschäftigt sich allgemein mit den zu erwartenden Berichten der Sachverständigen und spricht von einem kritischen Tag nicht nur für die englische Regierung, sondern für ganz Europa. Der Bericht wird jetzt kaum vor Mittwoch erwartet. Aus Paris kommt die Erklärung, daß der Bericht erst vom Englischen ins Französische und dann wieder vom Französischen ins Englische zurück übersetzt wurde, um späteren Mißverständnissen vorzubeugen, und daß damit viel Zeit verloren wurde. Ferner sollen im letzten Augenblick Aenderungen vorgenommen worden sein, um, wie z. B. die „Daily News" sich ausdrücken, die Pille für Deutschland schmackhafter zu machen. (!) Der Korrespondent dieses Blattes betont, daß die Pariser Kreise es nicht für sonderlich wichtig halten, was Poincaré tun oder lassen möge, daß man nur eine Furcht kenne, nämlich die Ablehnung des Berichts durch Deutschland. So ziemlich die ganze englische Presse steht heute auf dem Standpunkt, daß nur mit Deutschlands Einverständnis die Vorschläge der Sachverständigen durchgeführt werden dürfen.

Was man aus dem Ruhrgebiet herausgepreßt hat

Paris, 7. 4. Ueber das Ergebnis der Zollverwaltung im Rheinlande und Ruhrgebiet werden folgende Angaben veröffentlicht: 1. Zolleinnahmen im engeren Sinne. Das Ergebnis im ersten Drittel des Monats März beläuft sich auf 9581473 Goldmark gegenüber 7826148 Goldmark in der vorausgegangenen Dekade. Der Monat März hat im ganzen 24096306 Goldmark ergeben. 2. Ausnahmebewilligungen im Rheinlande allein während der dritten Dekade des Monats März 3428032 Mark gegenüber 2118825 in der vorausgegangenen Dekade. Im ganzen haben die Einnahmen aus diesem Artikel im März 7145457 Mark ergeben gegenüber 7182650 Mark im Februar. 3. Lizenzen erbrachten im Rheinlande im März 1480828 Mark gegenüber 1720654 im Februar. 4. Die gesamten Zolleinnahmen im Rheinlande und Ruhrgebiet sowie die Ausnahme- und Lizenzerträgnisse im Rheinland allein haben im März 32723388 Mark ergeben.

Aufwandseinkommensteuer

Das neue Schnüffelsystem

Die diesjährige Einkommensteuerveranlagung wird, wie das „Chemnitzer Tageblatt" meldet, dem Steuerzahler aller Voraussicht nach eine neue Ueberraschung bringen. Dem „Tag" zufolge wird die Veranlagung der Einkommensteuer diesmal nach dem Aufwand des einzelnen Zensiten erfolgen und das Reichsfinanzministerium hat den Finanzämtern bereits Winke gegeben, wie der Aufwand des einzelnen Staatsbürgers zur Grundlage der Einkommensteuer gemacht werden könne. Wie versichert wird, hätten die Finanzämter in ihren Bezirken die Einkommensteuerkommissionen durch freiwillige Helfer verstärkt. Diese hätten die Aufgabe, gewissermaßen laufend den einzelnen Steuerzahler zu beobachten. Die Größe der Wohnung, die Güte des Mobiliars, das Vorhandensein von Dienstboten, Reisen usw. werden zur Beurteilung der Steuerfähigkeit des Betreffenden dienen. Ein System, das ganz zweifellos zu einer unerhörten Schnüffelei führen wird.

Soll die Provinz Hannover ein Land bilden?

Vorabstimmung am 18. Mai.

Der Reichsanzeiger vom 5. April veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern über die Vorabstimmung in Hannover, die in der preußischen Provinz mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich zugelassen wird. Die zur Abstimmung gestellte Frage lautet: „Soll die Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich aus Preußen ausscheiden, um ein selbständiges Land zu bilden?" Die Vorabstimmung findet am 18. Mai statt; durch sie wird festgestellt, ob ein Drittel der wahlberechtigten Einwohner die Abstimmung über die zugelassene Frage verlangt.

Die Beisetzung Dreyers.

Die Beerdigung des in französischer Gefangenschaft verstorbenen Ruhrkämpfers Willy Dreyer fand Sonntag nachmittag in Eichwalde, dem Geburtsort des Verstorbenen, unter riesiger Teilnahme der Bevölkerung der Umgegend und in Anwesenheit zahlreicher Vertreter vaterländischer Verbände statt.

Die Feierlichkeit begann mit einem Trauergottesdienst in der Kirche des Ortes. Zu Füßen des Sarges stand ein von der Reichsregierung gestiftetes Blumenkreuz, neben dem Sarge die Fahnen zahlreicher Militärvereine der Umgegend. Während der kirchlichen Feier waren draußen die Kriegervereine und die Abordnungen der vaterländischen Verbände in langen Spalieren angetreten. Eine Kapelle der Reichswehr stimmte den Choral „Jesus, meine Zuversicht" an. Unter seinen Klängen und unter Glockengeläut senkten sich die Fahnen und, von acht Mitgliedern des Bismarck-Bundes getragen, wurde der Sarg in den Leichenwagen gehoben. Der gegen zwei Kilometer lange Trauerzug setzt sich nun in Bewegung. Vor und hinter dem Leichenwagen schritten die Vertreter der Behörden und eine Anzahl Offiziere des alten Heeres in Uniform. Der Andrang der Massen war inzwischen so stark geworden, daß der Kirchhof polizeilich gesperrt werden mußte.

An der Gruft nahmen die Fahnenabordnungen Aufstellung. Die Leiche wurde alsdann von Pfarrer Lützow und von dem Superintendenten Schmidt-Königswusterhausen eingesegnet, worauf der Kriegerverein Eichwalde die dreifache Ehrensalve abgab. Zum Schluß der Feier ergriff General v. d. Goltz an der Gruft das Wort, um im Namen des Präsidiums der Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands und im Namen der ehemaligen Baltikumkämpfer, deren Angehöriger Dreyer war, den Eltern des Verstorbenen seine Teilnahme auszusprechen. Seine Rede klang in einer Mahnung zur Einigkeit aus.

Demokratischer Parteitag in Weimar

Weimar, 5. 4. Die Deutsch-Demokratische Partei trat am Sonnabend in dem mit schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückten Saal der „Erholung" in Weimar zu ihrem 5. ordentlichen Parteitag zusammen. Der Parteitag unterschied sich insofern äußerlich von den früheren demokratischen Tagungen, als auf dem Präsidentenstuhl statt des Bürgermeisters Dr. Petersen (Hamburg) der provisorisch neue Parteivorsitzende Reichsminister a. D. Dr. Koch sitzt. Minister Dr. Koch eröffnet den Parteitag mit dem Hinweis auf die Schaffung durch die Nationalversammlung in Weimar sowie die gegenwärtige feindliche Bedrückung und das Herrschen des Geistes innerer Zwietracht. Deutschland werde nicht gerettet durch Geschäftsleute und Interessenpolitiker, sondern durch Staatsbürger mit staatsbürgerlicher Gesinnung. Herzlich begrüßte er die zahlreich erschienenen Vertreter der besetzten und der abgetrennten Gebiete, in dem er für die Letzteren die Schaffung einer deutschen Irredenta herbeiwünschte.

Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurde Minister Koch durch Zuruf definitiv zum 1. Vorsitzenden der Partei gewählt.

Nach dem belanglosen Geschäftsbericht des Hauptgeschäftsführers Stephan sprach Minister Dr. Koch über:

Deutsch-Demokratische Partei im Kampfe für Reich und Volk.

Er knüpfte an den Zeignerprozeß und den Hitlerprozeß an und wies darauf hin, daß beide Staaten, Sachsen und Bayern, zur kritischen Zeit keine Regierung der Mitte gehabt hätten. In Sachsen eine nach Art und Vorleben ungeeignete Person, in München eine unheilvolle Schwäche gegenüber rechtsradikalen Bestrebungen. In München scheint das Palladium deutscher Kultur, der Hochstand des Gerichtswesens, ins Wanken geraten. (Sehr richtig!) Ein von Lossow, der einen Putsch nur mitmachen will, wenn 51 Prozent Gewißheit für das Gelingen vorhanden sind, ist ein Unikum in Deutschland. Kahr ist Revolutionär bei Nacht und Hüter der Ordnung bei Tage. Wir ehren Ludendorff als General. Wir bedauern, wenn infolge eines Mißverständnisses durch die Zusammenziehung zweier Sätze im Wahlaufruf der Deutsch-Demokratischen Partei der Ausdruck hervorgerufen wurde, als wenn Ludendorff mit gemeinen Verbrechern zusammengebracht werden sollte. (Anmerkung der Schriftleitung: Ludendorff war mit Hölz in einem Satze genannt.) Wir bedauern es, sagt Dr. Koch, weil wir Wert darauf legen, den politischen Kampf so sachlich